

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(10. Sitzung am 11. September 2013)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung und Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle strafverfahrensrechtlicher Maßnahmen**
Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP - [Drs. 17/456](#)

Der Ausschuss beriet über den Gesetzentwurf. Einstimmig empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen. Den schriftlichen Bericht soll der Abg. Calderone erstatten.

2. **Entwurf eines Gesetzes über Gebietsänderungen der Städte Cuxhaven und Norderney sowie der Gemeinde Neuharlingersiel**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/335](#)

Der - mitberatende - Ausschuss beriet über den Gesetzentwurf. Einstimmig schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

3. **Unterrichtung durch das Justizministerium über mögliche Maßnahmen niedersächsischer Strafverfolgungsbehörden, die sich aus neuen Erkenntnissen der NS-Fahndungsstelle in Ludwigsburg ergeben könnten**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte sechs Eingaben.